

der europäischen Einheit willen mit den Franzosen und den Briten gegen Israel stimmen? Oder wird sie sich einer besonderen Verpflichtung gegenüber Israel bewusst bleiben? Viele Israelis sind besorgt.

Beim Brandt-Besuch bestand Einmütigkeit darüber, dass die Bundesregierung nicht versuchen soll, im Nahen Osten als Vermittler aufzutreten. Der Hinweis Brandts, dass dies eher Aufgabe der UNO und ihrer Organe sei, weckte aber schon wieder israelische Bedenken. Nach den bisher gemachten Erfahrungen versprechen die Israelis sich von der UNO und vom Sicherheitsrat, mit ihrer eindeutig antiisraelischen Mehrheit, nichts. Die israelische Regierung will nur direkte Verhandlungen mit den Arabern. Alles andere ist ihr verdächtig.

Es ist nicht so, dass man in Israel kein Verständnis aufbrächte für den Wunsch der Bundesregierung, den Arabern und den europäischen Nachbarn gegenüber den Rücken freizuhaben, also nicht durch einseitige Rücksichten auf Israel gebunden zu sein. Verstanden wird auch der Wunsch Brandts, den Interessen der heranwachsenden Jugend Rechnung zu tragen. Verständnis bedeutet aber noch nicht Zustimmung.

Der Bundeskanzler hat versprochen, dass die Bundesregierung nichts tun wird, was Israel schaden kann oder was ihm nach Meinung der israelischen Regierung schaden könnte. Diese Zusage geht sehr weit, und sie sollte vorläufig als befriedigend und ausreichend betrachtet werden dürfen.

Die Bundesrepublik ist seit langem ein besserer Freund Israels gewesen als die grosse Mehrheit der anderen Staaten. Die meisten Israelis wissen das. Sie möchten, dass es so bleibt. Sie möchten, dass in der Politik der Bundesrepublik weiterhin eine besondere Verantwortung für Israel wirksam ist. Sie hoffen, dass die Bundesrepublik sich auch in Zukunft als Freund erweisen wird, als ein Staat der hilft, so weit es im Rahmen der eigenen Interessen und der allgemeinen politischen Situation irgend möglich ist.

Wenn einerseits die Israelis auf übertriebene Erwartungen an die Politik der Bundesregierung verzichten, andererseits die Bundesregierung realistischen israelischen Wünschen entgegen kommt, dann sollte eine im ganzen harmonische Beziehung, trotz vielleicht unvermeidlicher Schwierigkeiten, als gesichert betrachtet werden können.

II Aus der Tischrede bei einem Abendessen anlässlich des Empfangs in der Knesset am 7. Juni 1973 zu Ehren des Bundeskanzlers bei seinem Besuch in Israel vom 7. bis 11. Juni 1973

Dem Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung¹ entnehmen wir folgende Ausführungen von Bundeskanzler Brandt anlässlich seines Besuches in Israel. Das Bulletin schreibt zu diesem Besuch:

»Auf Einladung von Premierminister Frau Golda Meir stattete Bundeskanzler Willy Brandt vom 7. bis 11. Juni 1973 Israel einen Besuch ab. Es war der erste offizielle Besuch eines deutschen Regierungschefs in Israel.

Die Gespräche, die der Bundeskanzler mit der israelischen Regierung führte, waren von dem gemeinsamen Wunsche beseelt, auf dem Hintergrund einer unglückseligen Vergangenheit im Verhältnis der beiden Völker ein neues Blatt aufzuschlagen. Die aus Anlass des Besuches gemachten öffentlichen Erklärungen legen davon Zeugnis ab.«

Bundeskanzler Willy Brandt erwiderte auf die Begrüßungsworte von Premierminister Frau Golda Meir mit einer Tischrede, aus der wir einige Auszüge bringen:

Frau Premierminister!

... Der Besuch eines deutschen Regierungschefs in Israel ist keine Selbstverständlichkeit. Die Tatsache, dass er möglich geworden ist, beweist, wenn Sie dieses Wort erlauben, eine tapfere Kraft der Vernunft. Es brauchte vor allem Geduld und unendlich viele Beispiele des guten Willens, die bescheidenen, alltäglichen noch mehr als die demonstrativen –, um der Einsicht den Weg zu ebnen, dass die Völker nicht dann die rechten Lehren aus der Vergangenheit ziehen, wenn sie sich zu Gefangenen des Gestern und Vorgestern machen. Aber ich weiss wohl: dies sagt sich leicht. Ich weiss auch dies: wie unendlich schwer das scheinbar Einfache sein kann.

Als Deutscher und im Namen der grossen Mehrheit meiner Landsleute darf ich sagen: die Anerkennung der Mitverantwortung für die Verbrechen, für den der Nazismus den Namen Deutschlands missbrauchte, war für uns der entscheidende Akt der inneren Befreiung, ohne die unsere äussere Freiheit nicht glaubwürdig und zuverlässig sein würde. Die drei Jahrzehnte, die uns von dem Schrecklichen entfernen, haben uns nichts vergessen lassen, was nicht vergessen werden darf.

Inzwischen sind neue, selbstbewusste Generationen herangewachsen. Ich will sie nicht besser machen als sie sind. Sie würden sich zu Recht dagegen wehren, wollten wir ihr Leben durch Mauern von Furcht und Hass verstellen. Doch ich habe bei guter Gelegenheit darauf hingewiesen, dass niemand, sei er noch so jung, aus der Haftung der Geschichte entlassen werden kann. Hier hilft auch keine idealistische Rebellion. Geschichte, wie bitter sie auch sein mag, ist Realität, die täglich in unserer Gegenwart und die in unsere Zukunft fortwirkt. Auch diese Realität fordert Anerkennung...

In der Bundesrepublik Deutschland wünschen wir nichts aufrichtiger, als dass Israel und seine arabischen Nachbarn miteinander zu einem guten Frieden, zu einem Frieden des Ausgleichs und der Zusammenarbeit finden. Ich kam jedoch nicht hierher, um Ratschläge zu geben. Meine Regierung masst sich schon gar nicht die Rolle eines Vermittlers an. Selbst im Dienst des guten Willens und der guten Sache wollen wir uns und der Welt nicht mehr zumuten als es die Verhältnisse der Macht und der Vernunft erlauben...

Was uns in der Bundesrepublik Deutschland angeht: wir entziehen uns keiner Verantwortung. Doch ich glaube, wir werden ihr vor allem dann gerecht, wenn wir zeigen, wie ernst wir selbst die Pflicht des Friedens nehmen, wenn wir beweisen, dass auch schwierige Probleme im eigenen Haus und in der unmittelbaren Nachbarschaft lösbar sind, manchmal gewiss nicht ohne Opfer.

Spätestens seit der düsteren Stunde, in der mit der nationalen Katastrophe auch die ganze bittere Wahrheit auf Deutschland hereinbrach, haben wir begriffen, dass niemals mehr das Lebensrecht eines Volkes bedroht werden darf. Der Staat Israel steht für das gesicherte Lebensrecht des jüdischen Volkes.

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach der Aussöhnung mit den Nachbarn im Westen ihren Weg zu einer guten Nachbarschaft und einer Ordnung des Friedens mit den Nachbarn im Osten gesucht. Es war kein leichter Weg. Er verlangte den Verzicht auf Illusion, ja sogar den Abschied von Hoffnungen, die das Recht auf ihrer Seite hatten. Aber wir hatten uns der Einsicht zu beugen, dass

¹ Nr. 71 / S. 701. Bonn, 13. 6. 1973.

ohne einen gesicherten Frieden jede Hoffnung vertan wäre.

Diese Ost-West-Politik der Entspannung hat auch in Ihrem Land, Frau Premierminister, viel Interesse und Beachtung gefunden. Es durfte in der Tat niemals einen Zweifel daran geben, dass sie keinem Dritten zum Nachteil, sondern allen zum Vorteil sein soll. Es ist meine feste Überzeugung, dass auch der Friedenswille und vor allem das Beispiel des Friedens ansteckend wirken können. Die Stabilisierung friedlicher Verhältnisse in Europa ist in sich, nach meinem Urteil, ein Element der Sicherheit auch für die uns benachbarten Regionen des Mittelmeeres und des Nahen Ostens.

Der Wille zum Frieden braucht die tägliche Ermutigung. Ich bin sicher, Frau Premierminister, dass ich aus diesem Besuch Mut schöpfe. Wenn ich von dem Mut für die Arbeit zum Frieden etwas zurückgeben kann, ja, wenn er sich auf die Nachbarn, auf alle Beteiligten, übertragen liesse –, dann erfüllte sich für mich und für meine Landsleute ein sehnlicher Wunsch...

(Übersetzung aus dem Englischen)

III Lebensrecht für alle Staaten als Fundament des Friedens¹

Aus der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt
auf der 25. Buchmesse in Frankfurt/Main
am 10. Oktober 1973

Bundeskanzler Willy Brandt hielt zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse – wegen der kriegesischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten in Abweichung von der ursprünglich vorgesehenen Festrede² zum 25jährigen Bestehen der Frankfurter Buchmesse – folgende gekürzt wiedergegebene Rede:

Herr Oberbürgermeister,
meine Herren Präsidenten und Direktoren,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für den Bundeskanzler ist es heute abend schwer, über Bücher zu sprechen, denn es ist Krieg – Krieg nicht irgendwo, sondern in einem Teil der Welt, der Europa geographisch und nicht nur geographisch eng benachbart ist.

Wir sind in diesen Tagen Zeugen eines dramatischen Zusammenbruchs von Hoffnungen. Das schwierige und mühselige, geduldige Suchen nach politischen Lösungen hat versagt. Der tragische Konflikt ist eine Kriegserklärung an die Vernunft. Wir, andere Staaten, sogar Grossmächte, scheinen dazu verurteilt zu sein, dem dramatischen Gang der Geschehnisse hilflos, ohnmächtig zuzuschauen.

Es sind, wie immer, Unschuldige, die am schrecklichsten unter der entfesselten Gewalttätigkeit leiden. Diesen

Unschuldigen vor allem gilt unsere Verbundenheit, unsere Solidarität.

Lassen Sie mich gleich hinzufügen: Wenn im Nahen Osten der Frieden eine echte Chance gewinnen soll, dann muss das Lebensrecht aller Staaten dort respektiert werden, dann braucht es den Mut zur Anerkennung dieser Realität, der Bereitschaft zum Gespräch und zur Schlichtung, der Kraft zur Vernunft.

Sie werden es hoffentlich verstehen, meine Damen und Herren, ich kann hier nicht zu Ihnen sprechen, als geschehe in diesen Stunden nichts Schreckliches, das uns alle tief bedrückt. Was zum Anlass zu sagen war, ist von mir gesagt worden...

25 Jahre Buchmesse – auch 25 Jahre eines beunruhigten Friedens für uns in Europa, auch hier immer wieder überschattet von Gewalttaten und Verzweiflung. Es waren nicht 25 Jahre Frieden für die Welt. In Wahrheit schwiegen die Waffen nie.

Oft genug herrschte nur ein täglich gefährdeter Waffenstillstand – so im Nahen Osten. Er ist von neuem zerstört worden. Ein anderes Mal siegte das, was ich die ultima irratio genannt habe, nämlich das Versagen der politischen und menschlichen Vernunft. Der Wille zum Krieg – das ist in Wirklichkeit unser aller Niederlage. Niemals ist unsere Ohnmacht sichtbarer geworden.

In dieser Stunde richten sich unsere Gedanken zuerst auf die Not und das Elend der vom Krieg betroffenen Menschen. Jede Stunde, um die die Kampfhandlungen verkürzt werden können, ist ein Gewinn für die Menschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Konflikt nicht Partei, aber sie wird entschlossen jede Anstrengung unterstützen, die den Kampfhandlungen, wenn es geht, sofort ein Ende macht.

Sie steht mit denen zusammen, die einen zuverlässigen Frieden wollen, der auf der Grundlage der Sicherheits-Resolution der Vereinten Nationen vom November 1967 ausgehandelt werden muss.

Was vor den Toren Europas in diesen Tagen geschieht, meine Freunde, geht uns unmittelbar an. Dies ist auch eine Bewährungsprobe für die politische Zusammenarbeit der neun europäischen Staaten der sich herausbildenden Gemeinschaft, die sich neben anderen zu einem eindringlichen Appell an die beiden eigentlichen Weltmächte zusammenfinden müssten.

Heute vor 14 Tagen, fast auf die Stunde, fragte ich vor den Vereinten Nationen: »Wenn die beiden Weltmächte den Frieden nicht garantieren, wer könnte es an ihrer Stelle?« Doch ich fügte hinzu, dass keine der beiden Weltmächte ersetzbar in ihrer Verantwortung sei, und keine könne sich aus ihrer Verantwortung lösen.

Diese Feststellung hat sich auf eine negative Weise in diesen Tagen bestätigt, wie auch die andere, über die ich auf der grossen Versammlung in New York nachzudenken bat, nämlich dass Macht nicht quantifizierbar sei, dass es für sie eine Grenze gebe, an der sie sich in Ohnmacht verwandele.

Das war keine Einladung zur Resignation. Dies war eine Mahnung an die Verantwortlichkeit, die ich zu formulieren versuchte. Und so wiederhole ich sie heute: Auf welches Recht kann sich Macht heute berufen, und wozu sollte sie gut sein, wenn sie nicht in den Dienst des Friedens genommen wird? Wenn sie vor Konflikten kapituliert, die man in einer beschönigenden Sprache »begrenzte« nennt. Als ob diese Grenze für die armen

¹ Gekürzt entnommen aus dem »Presse- und Informationsblatt der Bundesregierung« Nr. 30 / S. 1281 ff. Bonn, 12. 10. 1973; – desgl. »Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel« (29/85). Frankfurt/M., 26. 10. 1973, S. 1838 ff.

Die in Tel Aviv erscheinende deutschsprachige Tageszeitung »Jedioth Chadashot« brachte auch in ihrer Wochenausgabe vom 10. 10. 1973 die Rede unter dem Titel: »Bundeskanzler Brandt fordert konstruktiven Ausweg aus dem Nahost-Konflikt...« Brandt hat seine in der Rede geforderten Vermittlungsbemühungen fortgesetzt und sich vor einigen Tagen mit einem persönlichen Schreiben an Breschnew gewandt, indem er ebenfalls auf Einstellung des Feuers und Beilegung des Konflikts im Nahen Osten drängte.

² S. S. 1285 im Presse- und Informationsblatt der Bundesregierung, wie oben angegeben.